

Kurt Edler

Linksextremistisch induzierter Hooliganismus?

In neuerer Zeit tritt auch in Hamburg verstärkt ein Phänomen auf, das nicht nur den Sicherheitsbehörden zu schaffen macht: Am Rande und nach politischen Demonstrationen tobt sich ein jugendlicher Mob aus, der gewaltbereit und – teilweise unter Alkoholeinfluss¹ – enthemmt ist und auch vor gefährlichen Angriffen auf Menschen nicht zurückschreckt. Die Auswahl der Angriffsziele erscheint unbestimmt. Die angerichteten Schäden sind nicht unbeträchtlich und treffen auch kleine Gewerbetreibende; für die kommenden „Events“ muss Schlimmeres befürchtet werden, da selbst der Angriff auf eine Polizeiwache (Lerchenstraße) und einzelne Polizeibeamte nicht tabu ist.

Eine defensive, zurückhaltende Polizeistrategie, die bei Akteuren aus der linken „Szene“ zur Mäßigung beitragen kann, scheint in Bezug auf dieses Phänomen eher wenig wirksam; der gewonnene Handlungsspielraum wird für Gewaltexzesse ausgenutzt. Ein martialischer Auftritt der Polizei mit Schlachtfeld-Assoziationen wie am Neuen Pferdemarkt erzeugt eine breite Soliarisierungs-Stimmung, die für „echte“ Demonstranten das Problem eher verdeckt.

Wir haben es mit immer jüngeren Tätern zu tun, die einer rationalen Ansprache kaum zugänglich sind und bei denen ein politisches Motiv nicht feststellbar ist. Sie treten auf den Plan, weil sie „geil auf Gewalt“² sind; weshalb mir der Begriff „Hooliganismus“ nicht unpassend zu sein scheint. (Zur Eigentümlichkeit der Hooligans gehört

bekanntlich ein kultisches Verhältnis zur Gewalt und das Auftreten bei oder am Rand von Großveranstaltungen.)

Mit dem Phänomen hat auch die links-extreme Szene ihre Probleme. Zumindest ihre bewussteren Vertreter scheinen erkannt zu haben, dass die eigenen politischen Ziele durch ein Phänomen, das auch für sie nicht mehr beeinflussbar ist, diskreditiert werden. So soll es sogar schon zur Nichtanmeldung von Demonstrationen gekommen sein, aus Furcht vor unerwünschten Nebeneffekten.

Meine These lautet, dass es sich nicht um politisch gesteuerte Gewalt handelt, sondern um eine politisch verbrämte Erscheinung von Gruppengewalt, die sich anlässlich einer politischen Veranstaltung entlädt; nicht planmäßig erzeugt, sondern eben induziert und ohne einen organisierenden Kern. Die Differenzen zwischen den Milieus sollten nicht unterschätzt werden; eine ungebundene, relativ schnell auftauchende Jugendszene lässt sich von „Antifa“ und „Anti-Imperialisten“ nichts mehr sagen, und diese wiederum sind intern auf Abgrenzung bedacht, auch wenn sie die unerwünschte „Konkurrenz“ nicht explizit kritisieren³.

Da die radikale Linke selber in revolutionären Gewaltphantasien schwelgt, befindet sie sich einem Dilemma: Einerseits kann sie sich nicht von Gewaltexzessen öffentlich abgrenzen, andererseits erkennt sie das Unpolitische an diesem Hooliganismus und wird für seine Auswirkungen mitverantwortlich gemacht. Die politischen

¹ Selbst gesehen: Bierverkauf direkt am Rande der Demo an der Schanzenstraße, auch an Jugendliche.

² Bill Buford: Geil auf Gewalt. München (Hanser) 1992.

³ Das fällt selbst den linken Fraktionen in der Bürgerschaft schwer.

Akteure wissen im Grunde, dass sie bei zukünftigen Aktionen noch weniger der Lage Herr werden, sondern eigentlich nur noch die wenig ruhmvolle Rolle derjenigen spielen, die die Gelegenheit organisieren, bei der sich dann eine Gewaltaktion entwickeln kann.

Noch schwieriger wird die Gesamtsituation dadurch, dass die Öffentlichkeit die ritualisierten Gewaltausbrüche zum 1. Mai und anderen Gelegenheiten inzwischen mit bestimmten großstädtischen Räumen assoziiert und diese somit selber zu „Kultstätten“ werden, mit einem „Pilgereffekt“. Diese Wahrnehmung hat sich für Berlin-Kreuzberg verfestigt; das Hamburger Schanzenviertel ist auf dem Weg dahin. Die Veranstalter der politischen Aktionen wissen längst, dass ihre Veranstaltungen regelmäßig in Gewaltausbrüchen münden; aber die Täter können sich auch des Beifalls einer Szene sicher sein, die dem „Event“ voyeuristisch beiwohnt. Sie handeln also keineswegs isoliert vom gesellschaftlichen Umfeld, sondern können sich zumindest einer gewissen passiven Zustimmung sicher sein. Hilfeleistung für bedrohte Einzelpersonen, zumal wenn sie uniformiert sind, geht von einem solchen Publikum nicht aus.

Die zeitweilige Übermacht der Gewalttäter beim 1. Mai 2010 und das Gefühl, dass die Polizei sich nicht mehr zu zeigen traut, hat nicht nur bei den Bewohnern, sondern auch in den linksalternativen und linksliberalen Medien zu einer neuen Diskussion geführt – auch in internen Internetforen. Hier schilderten Eltern die Gefühle, die sie hatten, als sich vor ihren Fenstern der jugendliche, verummte Mob mit Steinen bewaffnete und für geraume Zeit kein Polizist zu sehen war.

Diese Entwicklung könnte die Grundlage für die Herausbildung einer verantwortungsbewussten progressiv-

bürgerlichen Gegenöffentlichkeit zu den Geschehnissen und anzunehmenden Wiederholungen bilden. Die Funktion einer solchen Gegenöffentlichkeit im „Quartier“ und der übrigen Stadt könnte darin liegen, den inneren Frieden als positives Ziel zu definieren und im spezifischen Bewusstsein der Nachbarschaft zu verankern. Wenn dies gelingen soll, muss eine solche Strategie auf die Befindlichkeiten der Anwohnerschaft Rücksicht nehmen. Dazu gehört auch eine erfolgversprechende Kommunikationsstrategie.

Es ist *eine* Sache, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten; eine *andere*, den erwünschten Zustand sprachlich und in Bildern zu kommunizieren. Von „Ordnung“ und „Sicherheit“ zu *reden* bedeutet in dieser gesellschaftlichen Umgebung, das Risiko der politischen Selbstisolation auf sich zu nehmen. Ebenso würde eine öffentliche Polemik gegen das „Chaos“ wie eine hilflose Fensterrede wirken – gerichtet lediglich an jene Teile der Großstadtgesellschaft, die von der Sache gar nicht direkt betroffen sind.

„Chaos“ und „Ordnung“, „Bürgerkrieg“ und „Sicherheit“ lösen bei jedem sozialen Milieu ganz eigene Werte-Assoziationen aus. Ein fünfzigjähriger Bewohner des Schanzenviertels, der sich mental in der Nebenrealität des trotzi- gen jugendlichen Rebellen eingerichtet hat, wird in derselben bestärkt, wenn Vertreter des Staates diese Assoziationen in der politischen Öffentlichkeit mobilisieren. Ähnliche Mechanismen werden auf der Seite der Akteure bedient, wenn deren Tun im eigenen Bewusstsein von den Medien mit pathetischen, hochsymbolischen Wörtern wie „Krieg“ vergoldet wird.⁴

⁴ Das kennen wir auch vom Rechtsextremismus, der aus der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ächtung für sich eine positive Selbstdeutung zieht (Heroentum,

Hilfreich dagegen wäre es, an ein solches Bewusstsein heranzukommen und es im besten Falle auch wirksam zu erschüttern durch eine Definition der Vorgänge in einem anderen Wertekontext. Wenn der Frieden im Quartier als eine positive Vorstellung vermittelt werden kann, die sich mit dem spezifischen Lebensgefühl derjenigen verbindet, die hier leben wollen, kann der kritische Dialog eventuell auch mit jenen Kräften aufgenommen werden, die ihn durch ihre Gewaltrituale gefährden. Dieser Dialog ist als Kampagne eines Bürgervereins, einer Bürgerinitiative, eines zeitweiligen Zusammenschlusses usw. vorstellbar und könnte sich z.B. konkretisieren in einer bewussten Ansprache der politischen Akteure, die den Gewalttätern das Terrain bereiten.

Es muss gelingen, die Erkenntnis zu vermitteln, dass es nicht revolutionär ist und auch nicht „politisch“, eine Situation herbeizuführen, in der enthemmte Jugendliche und Jungerwachsene sich ausagieren; dass es – mit anderen Worten - nicht sonderlich verantwortungsvoll ist, als planendes denkendes Kollektiv junge Menschen in eine Situation zu bringen, in der sie andere und sich selbst erheblich schädigen können. Wir sollten optimistisch davon ausgehen, dass das Selbstwertgefühl und der politische Ehrenkodex der Gruppen, mit denen hier zu reden ist, es im Grunde nicht zulassen, individualistische Aggressionsabfuhr als politisch schützenswerte oder gar erwünschte Verhaltensformen zu rechtfertigen. Auch bewusstmachen, dass die so entfesselte Gewaltausübung eine zeitweilige Machtergreifung ist, in deren Folge sich Mafia-Strukturen im Viertel einnisten können⁵, muss den revolutionären Geist verunsichern.

Auserwähltheit, kommendes Reich, Kampf gegen Fremdherrschaft usw.).

⁵ Nachtrag 2013: Ich erinnere an die wiederholte Demolierung des Schuhladens am Sprit-

Das könnte Thema einer öffentlichen Versammlung sein, auf der die politisch denkenden Menschen des Viertels für kommende Aktionstage Präventionsziele festlegen oder – alternativ – auf der eine verantwortungsbewusste Nachbarschaft den linken Akteuren Verhandlungen über die Art und Weise anbietet, wie die jeweilige Demonstration verlaufen soll. Die eigentliche Herausforderung besteht vermutlich darin, in einem solchen Dialog die psychosoziale Problemdimension zu erörtern.

Schon erste Schritte in diese Richtung würden einen nützlichen Effekt haben: Die Option auf einen neuen Gewaltausbruch würde von nicht-staatlicher Seite öffentlich problematisiert. Die Organisatoren hätten einen „zivilen“ Gegenpart, im Viertel verankert, der ihnen „auf Augenhöhe“ und im politischen Dialog widerspräche. Wichtig ist die Offenheit auf der Seite der „bürgerlichen“ Herausforderer: „Wir wollen mit euch reden.“ Höchstwahrscheinlich ist es notwendig, - den Kulturmittlern im interkulturellen Dialog vergleichbar – Personen zu finden, die als „Dolmetscher“ des gemeinsamen Friedenswillens auftreten.

Auf dem Wege dahin sind wir allerdings empfindlich durch die Polizeitaktik am 21.12.13 an der und um die „Rote Flora“ zurückgeworfen. Dennoch ist eine Staatsfixiertheit töricht; worum es gehen muss, ist, einen zivilgesellschaftlichen Diskurs über die Zukunft der Demonstrationskultur in Hamburg zu beginnen. Demonstrationen sind Versammlungen; und ohne Versammlungen gibt es keine Demokratie.

(Erstfassung Sept. 2010, aktualisiert am 30.01.14)

zenplatz (Hamburg Ottensen), bis die Besitzerin entnervt aufgab. Dazu gab es einen anonymen Brief an den „Schuladenbesitzer“, der die Gewalthandlungen rechtfertigte.